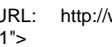




Bundeskanzlerin Merkel diskutiert online über Integration

Bundeskanzlerin Merkel diskutiert online über Integration
Am 19. April 2013 ab 17 Uhr diskutiert Bundeskanzlerin Angela Merkel mit sechs Bürgerinnen und Bürgern in einem Google-Hangout über das Thema Integration. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können nicht nur live zuschauen, sondern im Vorfeld Fragen stellen. Dazu ruft die Kanzlerin in einem Video auf. Integration ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Die Bundeskanzlerin betont in ihrem Video-Aufruf: "Sie bedeutet Veränderungen für die, die zu uns kommen. Aber auch Veränderungen für die Gesellschaft derer, die schon lange bei uns leben."
Auch auf ihrer aktuellen Demografie-Dialogreise geht es immer wieder um die Fragen des Zusammenhalts unserer nicht nur im Altersaufbau veränderten, sondern auch vielfältigeren Bevölkerung. Auf der Seite www.bundesregierung.de können Bürgerinnen und Bürger ab sofort ihre Fragen zur Integrationspolitik stellen - bis zum 15. April. Der Moderator der Diskussion wird einige dieser Fragen im Gespräch mit der Bundeskanzlerin aufgreifen.
Der Hangout lässt sich am 19. April ab 17 Uhr live verfolgen: auf den Internetseiten der Bundesregierung, des Zukunftsdialogs sowie im YouTube-Kanal der Bundesregierung. Mit dieser neuen Form des Dialogs möchte die Bundeskanzlerin an die positiven Erfahrungen ihres Zukunftsdialogs anknüpfen.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>


Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".